

ÜBERREICH

REICH

BEINAHE REICH

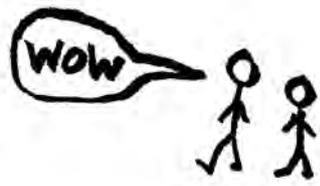
UNTERREICH

NIE REICH

KEIN GELD HABEND

NIE GELD HABEND

ÜBERREICH



„Echte Philanthropie muss immer an der eigenen Abschaffung arbeiten“

Marlene Engelhorn (*1992 in Wien) ist Mitgründerin der Initiative *taxmenow*. Sie setzt sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionen- und Milliardenvermögen, die in Deutschland ausgesetzt ist, und der aufgehobenen Erbschaftssteuer in Österreich ein. Als Nachfahrin von BASF-Gründer Friedrich Engelhorn (1821–1902) wuchs sie in Reichtum auf. Zuletzt wurde das Vermögen ihrer Großmutter auf mehr als 4,2 Milliarden US-Dollar geschätzt. 2022 erbt sie 25 Millionen Euro, die sie in Österreich nun von einem repräsentativen Bürgerrat verteilen lässt. Engelhorn will nicht weiter zum reichsten Prozent gehören, sondern zu den 99 Prozent.

Frau Engelhorn, wieviel Geld müsste ich verdienen, auf dem Konto oder im Aktiendepot haben – und was müsste ich sonst noch besitzen, damit Sie mich als reich einordnen?

Reich ist ein Wort, das mich nicht so interessiert, weil es eine reine Vergleichskategorie ist. Reicher als, genauso reich wie oder weniger reicher als. Ich glaube, interessanter ist für mich der Begriff Überreichtum, der sagt, es gibt eine Grenze, ab dann reden wir von Überreichtum. Die Grenze ist natürlich eine bisher fiktive, denn das müssten Volkswirtschaftler*innen, Soziolog*innen und so weiter erst gemeinsam errechnen, so wie man das auch bei der Armutsgrenze gemacht hat. Und dann könnte man darüber sprechen. Aber, um bei der Frage zu bleiben, würde ich einfach bestehende Marker nutzen: Für mich persönlich ist man reich, wenn man den reichsten 10 Prozent angehört. Und überreich ist man ab dem reichsten Prozent. Da ziehe ich persönlich die Grenze.

Die 25 Millionen, die Sie 2022 geerbt haben, soll ein „Guter Rat“ verteilen. Und der hat jetzt zum ersten Mal getagt.

Der *Gute Rat für Rückverteilung* hat Mitte März mit Tagungen begonnen. Es gibt sechs Sitzungen und die Aufgabe ist, sich mit der Verteilungsfrage zu beschäftigen. Wie wird Vermögen verteilt? Dieser ergebnisorientierte Wahnsinn, von wegen was macht man am besten mit 25 Millionen, das ist Quatsch. Viel interessanter ist: Welche Prozesse der Entscheidung müssen dem zugrunde liegen? Die spiegeln sich dann im Ergebnis. Es ist halt nicht egal, wie man hinkommt, der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Wie liefen denn die ersten Sitzungen? Haben Sie überhaupt Einblick?

Gut, soweit ich weiß, aber ehrlich gesagt habe ich auch keine Ahnung: Ich habe mich aus dem Operationellen rausgezogen Ende des letzten Jahres. Bei der ersten Sitzung durfte ich kurz reinschauen, hallo sagen, danke sagen, tschüs sagen. Aber ich habe keinen Einblick, da müssten Sie das Team interviewen, die könnten Ihnen dann mehr dazu sagen. Tut mir leid, dass ich da enttäuschen muss, aber es ist wichtig, dass ich das konsequent mache und nicht am Ende doch noch heimlich die Deutungshoheit behalte. Und es macht ja einen Unterschied, ob ich da herumgurke oder nicht, deswegen lasse ich die ihre Ruhe von mir haben.

Es ist ein repräsentativer Bürgerrat. Wie war der Modus der Zusammenstellung?

Die gute Antwort kriegen Sie nicht von mir, sondern vom *Foresight Institute* – denn bei einem Bürgerrat gibt's Standards, die man einhalten muss. Um Repräsentativität herzustellen ist es wichtig, statistische Daten dafür zu haben, wie verschiedene Marker, demografische zum Beispiel, in der Gesellschaft verteilt sind. Das muss man auswerten und abgleichen mit den Menschen, die Interesse haben teilzunehmen, um am Ende eine repräsentative Gruppe zu kriegen. Die einzigen Kriterien für die Einladung waren, dass man mindestens 16 Jahre alt und in Österreich gemeldet sein muss. Also es ist auch nicht an Staatsbürger*innenschaft gekoppelt. Wichtige Kriterien für Repräsentativität waren dann: Einkommen, Bildungs- und Migrationsgeschichte, Wohnort, Geschlechtsidentität und andere Faktoren. Die

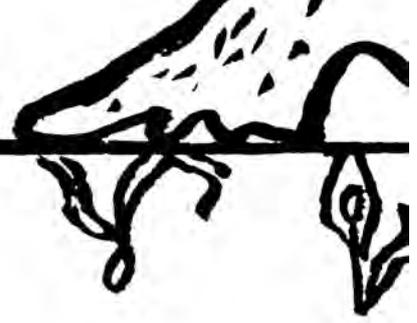
Einstellungen zur Vermögensverteilung war auch wichtig, denn man kann die Verteilungsfrage nicht nur mit Leuten diskutieren, die finden, das ist ungerecht. Auch hier sollte der Rat repräsentativ für die österreichische Bevölkerung sein. Aber noch mal: Die Expert*innen dahinter sind beim *Foresight Institute*, da bin ich Klientin, die übernehmen den Auftrag und machen diese Arbeit. Ich freue mich jedenfalls, dass das so gut gelungen ist, dass jetzt im Ergebnis der Bürger*innenrat um nur 1,8 Prozent von der österreichischen Bevölkerung abweicht, also wirklich repräsentativ ist.

Warum geht das Geld nicht einfach direkt als Spende an den Staat? Ein Parlament ist doch irgendwie auch ein repräsentativer Bürgerrat.

Nein, es ist repräsentativ für die Parteienlandschaft, aber nicht wirklich repräsentativ für die Bevölkerung. Und es ist kein Bürger*innenrat, weil der bespricht eine Sache, hat eine Aufgabe und danach löst er sich wieder auf. Das ist beim Parlament ja nicht so. Das sind wichtige, wenn auch spitzfindige Unterschiede, die man bedenken muss. Und mich interessiert strukturelle Veränderung. Wenn ich dem Staat Geld einfach überweise, dann habe ich nichts bewegt. Wenn der Staat, wenn das Parlament mein Geld möchte, müssen sie nur Steuergesetze erlassen. Da bin ja nicht ich in der Bringschuld, da ist das Parlament schon in der Holschuld. Wenn ein Parlament gern Geld haben möchte, braucht es nur die entsprechenden Gesetze zu erlassen und dann sprudeln die Kassen.

Was halten Sie von der von Bill Gates und Warren Buffett gegründeten philanthropischen Kampagne *Giving Pledge*?

ÜBERREICH



REICH

BEINAHE REICH

UNTERREICH

NIE REICH

KEIN GELD HABEND

NIE GELD HABEND

Ich halte überhaupt nichts davon. Man muss sich nur mal vor Augen führen, dass Bill Gates, seit er den *Giving Pledge* unterzeichnete, sein Vermögen verdreifacht hat. Der weiß offensichtlich nicht, wie das geht mit dem Zurückgeben. Die geben aber obendrein nicht weg, sondern die schichten quasi die juristische Eigentumskategorie um. Dann gehört das Vermögen ihnen durch Form einer Stiftung. Am Ende des Tages bleiben sie in der Macht und Entscheidungsposition darüber, wie diese Ressourcen verwendet werden. Und ich finde das hochproblematisch, weil wir uns als Gesellschaften ans Gängel-

band von irgendwelchen Überreichen hängen. Das sind imperialistische Auswüchse. Der *Giving Pledge* ist nur dann ernst zu nehmen, wenn man am Ende nicht reicher ist als der Durchschnitt. Also echtes Sunsetting, konkrete Rückverteilung. Das ist der Gegenbegriff, den ich setzen wollen würde.

Dementsprechend haben Sie wahrscheinlich auch keine besonders gute Meinung von der *Bill & Melinda Gates Foundation*.

Die *Bill & Melinda Gates Foundation* ist ein Paradebeispiel

dafür, wie man es nicht macht. Weil ihnen egal ist, wie sie ans Ergebnis kommen. Statt den unterschiedlichen Ländern die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass die ihre eigene Gesundheitspolitik fahren können – souverän, selbstbestimmt – gehen die da rein und entscheiden, wie es läuft. Und wenn es nicht so läuft, wie sie das wollen, dann läuft es halt nicht, Pech gehabt. Das ist weiße Vorherrschaft in Reinform. Das kann nicht sein. Die haben keine Autorität, die haben kein demokratisches Mandat, die haben leider auch keine Rechenschaftspflicht und keine Auskunftspflicht. Das heißt,

die können wirklich machen, was sie wollen, und sich einbilden, weil sie es gut meinen, ist es automatisch gut gemacht. Und das stimmt halt einfach nicht.

Wir brauchen andere Strukturen. Wenn Leute wie Bill und Melinda Gates den Staat durch private Finanzgestaltung nicht permanent um Steuereinnahmen in horrenden Summen betrügen würden, hätten Regierungen nicht das Problem, dass sie kein Geld dafür haben, Probleme zu lösen. Echte Philanthropie muss immer an der eigenen Abschaffung arbeiten. Es kann ja wohl nicht sein, dass Philanthropie ein Interesse daran hat, den Mangel zu erhalten, um ihn dann zu verwalten. Das, finde ich, ist ein sehr fragwürdiges Menschenbild.

Wenn man ein bisschen zu Ihnen recherchiert, Frau Engelhorn, stößt man auf Bündnisse wie *Millionaires for Humanity*, *Patriotic Millionaires*, *Ressource Generation*. *taxmenow* ist laut der Eigenbeschreibung auf Ihrer Website auch eine „Initiative von Vermögenden“. Warum gehen Reiche nicht einfach zum Ortsgruppentreffen ihrer lokalen Linken und engagieren sich dort? Traut man sich selbst, wenn man das eigene Vermögen kritisch sieht, doch nicht so recht unter ganz normale Leute?

Es gibt Vermögende, die sich durchaus auch in linke Ortsgruppen setzen. Was uns bei *taxmenow* auszeichnet – nicht im Sinne von „toll“, sondern als Alleinstellungsmerkmal – ist, dass Vermögende ganz anders Gehör bekommen bei der Steuerdebatte. Wir konzentrieren uns auch nur auf die Steuer- und Verteilungsdebatte und versuchen unsere Expertise, die eine reine Erfahrungsexpertise ist, einfließen zu lassen. Wir verweisen immer darauf: Nur weil wir vermögend sind, sind wir keine

Steuerrechtsexpert*innen. Die sind zum Beispiel beim Netzwerk Steuergerechtigkeit zu finden. Bevor ich jetzt anfangen, unterm Radar in einer linken Ortsgruppe mitzumischen, schaue ich, wie kann ich diese strukturelle Macht, die ich durch ein Vermögen mitbringe, zur Verfügung stellen und transparent machen.

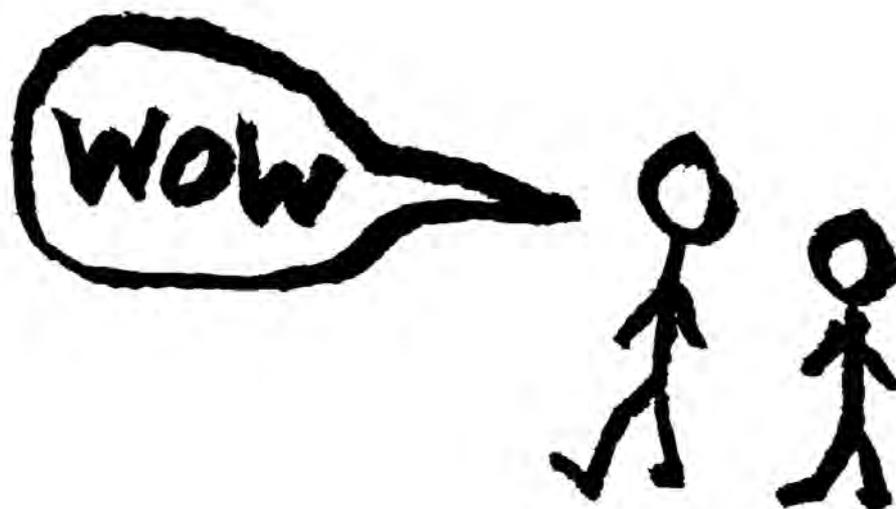
Sie setzen sich ja für eine Vermögenssteuer von einem Prozent ein, für eine Erbschaftssteuer ...

taxmenow hat sich auf kein Steuermodell festgelegt. Denn das muss Gegenstand der demokratischen Entscheidung sein. Es kann nicht sein, dass die Reichen herkommen und sagen: Übrigens das ist unser Lieblingsbesteuerungsmodell. Wir fragen auch Arbeitnehmer*innen nicht: Wie hätten Sie denn gern die Einkommenssteuer? Wichtig ist: Wir sind keine Expert*innen, wir können gar nicht wissen, welches Modell das Beste ist. Aber uns ist auf jeden Fall klar, es braucht eine grundsätzliche demokratische Debatte zu den Themen: Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland, Abschaffung der absurden

Ausnahmen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer. In Österreich geht's um die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Ich beneide die Deutschen um ihre löchrige Erbschaftssteuer, die haben wenigstens eine. Auch über progressive Kapitalertragsbesteuerung muss man reden. Es kann nicht sein, dass man Arbeit progressiv besteuert, aber Kapitalerträge nicht.

Modelle gibt es mehr als genug – das, was sie leider alle gemeinsam haben, ist, dass sie die Ungleichheit nicht einmal einfrieren, sondern sie bestenfalls abbremsten. Bei einer Vermögenssteuer von einem Prozent für Millionär*innen zum Beispiel zeigt sich, das ist erstens lächerlich wenig und zweitens unwirksam. Sagen wir: Ich mache konservativ fünf, bei Hochvermögen gerne auch mal zehn Prozent Rendite im Jahr. Dann würde ich ein Prozent aus der Rendite als Vermögenssteuer zahlen und werde trotzdem jedes Jahr reicher werden. Nur halt ein Prozent weniger schnell.

Was halten Sie vom Konzept wie einem Existenzmaximum, dass man sagt, mehr darf niemand haben?



Ich finde, das ist eine unglaublich wichtige Debatte, die wir führen müssen. Wir haben eine Armutsgrenze, die gibt es in jedem Land. Es gibt auch eine internationale Armutsschwelle und es war lange Arbeit, die zu errechnen. Man kann darüber streiten, ob die gut ist oder nicht, aber es gibt sie und man orientiert sich daran. Das gleiche braucht es beim Überreichtum: Hier endet der Wohlstand, hier beginnt der Überreichtum. Hier kippt etwas. Ich würde sagen: Da, wo man merkt, dass Vermögen politischen Einfluss mit sich bringt.

Würden Sie uns noch das Konzept des Verantwortungseigentums erklären, für das Sie auch werben?

Ich bin keine Expertin für Verantwortungseigentums. Ich kann Ihnen sagen, was ich weiß, aber möchte Sie gleichzeitig an Expert*innen verweisen. Es

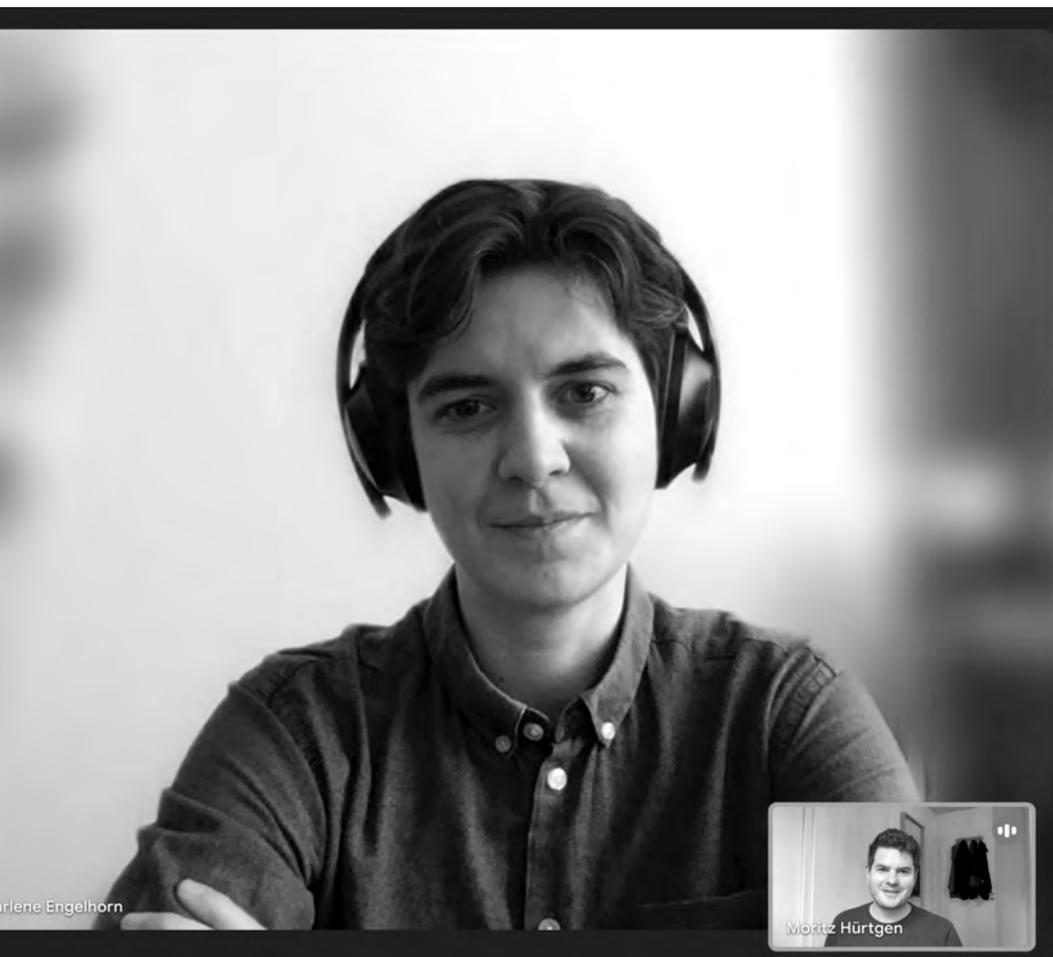
bedeutet, dass ein Unternehmen quasi sich selbst gehört. Man kann es nicht einfach verschern, um privat einen Reibach zu machen. Man kann es auch nicht vererben. Das Unternehmen gehört sich selbst, ist seinem Zweck gewidmet und verpflichtet. Diese Idee ist interessant, weil dann anders geschaut wird, wie kann man dieses Unternehmen gut gestalten, wenn es sich selbst gehört und das, was es erwirtschaftet, in sich selbst investiert. Da hängt natürlich ein Rattenschwanz von anderen Fragen dran, das will ich gar nicht leugnen. Aber ich finde es einfach spannend, sich mit anderen Eigentumsformen zu beschäftigen. Was können die? Was können die vielleicht auch nicht?

Unser Magazin beschäftigt sich vor allem mit Fragen im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Wir erleben zurzeit

krasse Abschottungsbemühungen der EU und insbesondere die Flucht aus wirtschaftlichen Gründen ist enorm in Verruf. Die schlimmste Motivation, die jemand haben kann, der zu uns kommt, ist, seine wirtschaftliche Lage verbessern zu wollen. Europa weist ja sogar immer mehr Menschen ab, die vor Tod und Verfolgung fliehen. Brauchen wir letztlich eine Vermögensabgabe beziehungsweise Umverteilung im globalen Maßstab? Was macht es im Großen und Ganzen aus, wenn es in Deutschland oder in der EU intern ein bisschen fairer zugeht, solange es diese großen Unterschiede gibt?

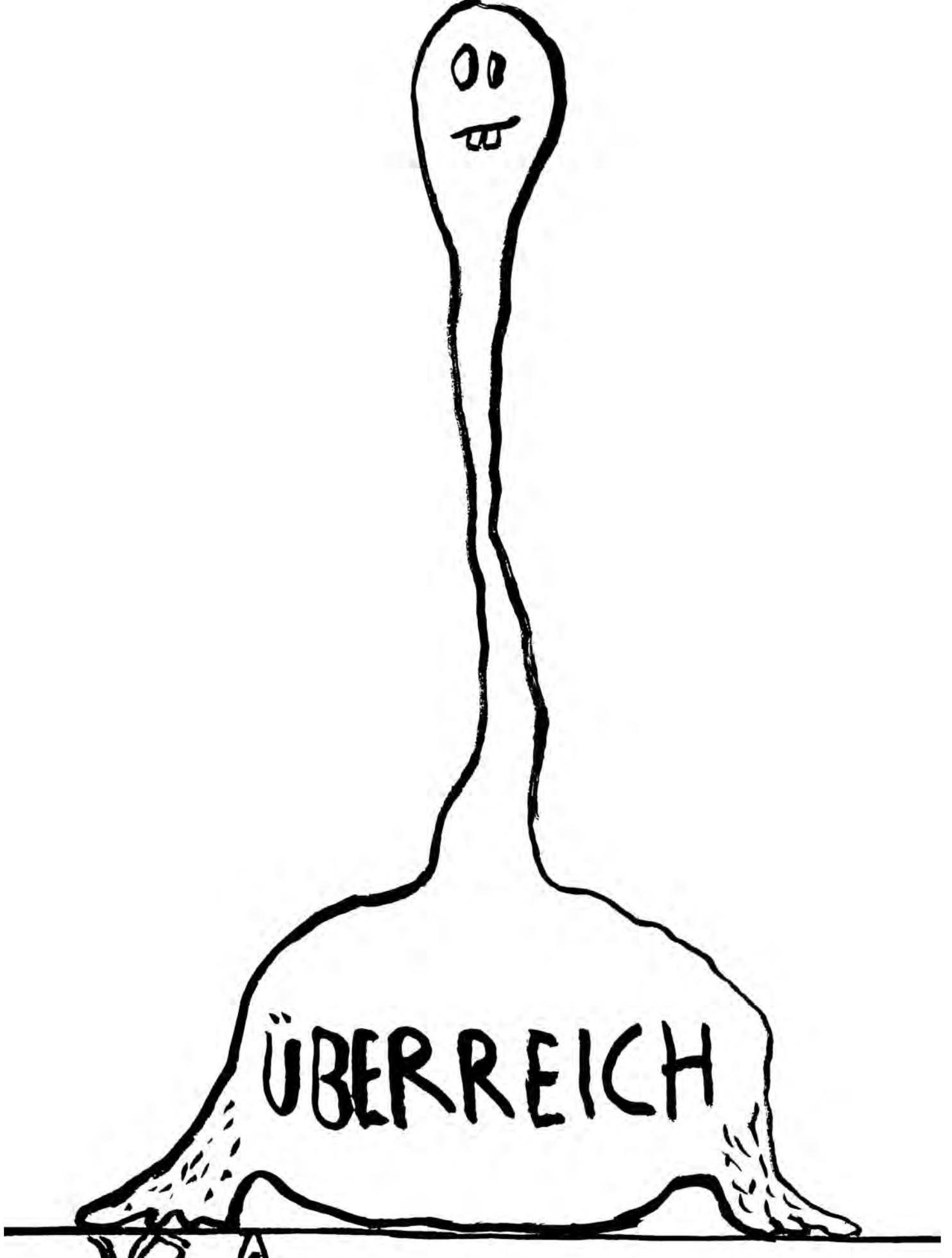
Ich kann mich nicht zum Thema Migrationspolitik äußern, da kenne ich mich einfach nicht aus. Zur Frage internationaler Steuerabkommen kann ich eine Kleinigkeit sagen, nämlich Steuern sind in aller Regel auf nationaler Ebene an Gesetze gebunden. Das beste Beispiel ist diese 15-prozentige Konzernsteuer weltweit. Wenn die auf nationaler Ebene keine Umsetzung findet, dann gibt es sie nicht. Alle müssen sich einig sein: Wir machen das alle in unserem Land jeweils. Es gibt keine Weltregierung, die es einfach umsetzen kann.

Ich glaube, man muss ziemlich deppert sein, wenn man nicht versteht, dass wir teilen müssen auf dieser Welt. Niemand kann behaupten, uns darf es aus Prinzip besser gehen als allen anderen. Wie man das hinkriegt auf den unterschiedlichen nationalen Ebenen und so, dass es international verflochten ist, sodass diese Entscheidungen miteinander in Absprache sind, weil wir nun mal globalisiert sind – das ist eine großartige und wahnsinnig schwierige Frage. Die darf uns aber nicht davon abhalten, dass wir vor der eigenen Tür kehren, unsere



erlene Engelhorn

Moritz Hürtgen



Ungleichheit in den Griff kriegen.
 Noch eine Kleinigkeit wegen der
 Wirtschaftsflüchtlinge: Steuer-
 flüchtlinge werden nicht
 ansatzweise auf die gleiche Art und
 Weise behandelt, nicht wahr? Es
 wird mit zweierlei Maß gemessen.
 Und es wird in der Regel anhand
 der Vermögenssituation einer
 Person gemessen, ob man sie für
 gut oder schlecht hält, sprich: für
 willkommen oder nicht.

Zum Schluss noch eine
 Klassikerfrage: Wieviel kostet
 aktuell ein Liter Milch?

Ich trinke keine Milch, deswegen
 weiß ich das nicht. Aber ich
 glaube, Hafermilch dümpelt so um
 1,30 oder 2 Euro rum. Ich weiß es
 nicht genau, und das ist ganz
 wichtig: Reiche Menschen wie ich
 müssen auf die Preise nicht
 gucken, deswegen kann ich mir
 buchstäblich leisten, das nicht zu
 wissen und einzukaufen, wie ich
 lustig bin.☺

Vielen Dank!

*Das Gespräch führte
 Moritz Hürtgen*

Malta Malta
 VLT Valetta
 Malta

R e c h n u n g k o s t e n

für die maltesische Einbürgerung

Rechnungsnummer 1800

31.12.2024

Antrag	€ 10 000.00
Anleihen	€ 150 000.00
Kauf Immobilie	€ 350 000.00
Prüfungsgebühr	€ 650 000.00

Rechnungsbetrag	€ 1 150 000.00

MWST NETTO STEUER BRUTTO

Vielen Dank für Ihren Einkauf und ein
 herzliches Willkommen als neuer
 maltesischer Staatsbürger

Staatsbürgerschaft
 ohne Garantie und Gewähr